



Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Frau Maren Friedlaender	FDP
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Monika Ruiten	Die Linke
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

### **Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger**

Herr Reinhard Heinemann

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Ute Palm	Behindertenvertretung
Herr Gert Klehn	Seniorenvertretung

### **Verwaltung**

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Frau Renate Kaymer	Stadtkonservatorin
Herr Herbert Malchers	Intendant der Puppenspiele
Frau Bettina Schmidt-Czaia	Leiterin des Historischen Archivs
Herr Dr. Konrad Schmidt-Werthern	Leiter des Kulturamtes

### **Schriftführer**

Herr Uwe Freitag	Dezernat für Kunst und Kultur
------------------	-------------------------------

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Detlef Alsbach	pro Köln

### **Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Dr. Martin Müser	FW-KBB
-----------------------	--------

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Rita Krause	auf Vorschlag der pro Köln
------------------	----------------------------

## **Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger**

Frau Dr. Heike Gregarek

Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner

Vorsitzende Dr. Bürgermeister gratuliert der Schauspielintendantin Beier zur Einladung zum Theater-Treffen in Berlin und hebt hervor, dass dies ein großer Erfolg für ihre Arbeit und ein wichtiger Impuls für Köln sei.

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Zu TOP 6.1 bezüglich der Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema Datenschutz bei der "Bildergalerie Köln" liegt die Beantwortung der Verwaltung vor.

Unter TOP 8.2 wurde die Beschlussvorlage betreffend Römerstraßen im Rheinland, "Themenpunkt" im Römisch-Germanischen Museum im Rahmen der EuRegionale2008/Regionale 2010 "Erlebnisraum Römerstraßen" vorgelegt. Er weist darauf hin, dass die Vorlage erst am heutigen Tage vom Oberbürgermeister schlussgezeichnet worden sei. Es handle sich hierbei um eine Konkretisierung eines Ratsbeschlusses vom 30.06.2009. Vor allen Dingen handle es sich um eine Vorlage, die einen EU Förderantrag ermöglichen soll, der bis zum 26. April 2010 gestellt sein müsste.

Er schlägt vor, die Tischvorlage unter TOP 9.1 betreffend „Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen“ von der Tagesordnung zurück zu ziehen und in der nächsten Sitzung zu behandeln. Er bittet um Verständnis, dass drei Sondersitzungen, die in der Vorlage aufgelistet seien, im Rahmen von Dringlichkeitsentscheidungen genehmigt werden müssten. Hierbei handle es sich um die Sonderausstellungen „Jochen Lempert“ vom 23.04.2010 bis 13.06.2010, „Wade Guyton“ vom 23. April bis 15. August 2010 und „Bilder in Bewegung: Künstler & Video I Film“ vom 28. Mai bis 31. Oktober 2010 im Museum Ludwig:

Außerdem werde der aus dem Rat verwiesene Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Versicherung der Kulturgüter als Grundstock der Stiftung für die Restaurierung der Archivalien des Historischen Archivs" als Tischvorlage vorgelegt. Der Antrag sei unter TOP 3.2 auf der Tagesordnung, wurde allerdings versehentlich nicht umgedruckt.

Zum Ablauf der Sitzung schlägt er vor, zunächst die Betriebsausschüsse Bühnen, Gürzenich-Orchester und Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud stattfinden zu lassen, um Opernintendant Laufenberg die Gelegenheit zu geben, den Spielplan der Oper zu Beginn der Sitzung vorzustellen.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern**

##### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

##### **2 Archäologische Zone**

##### **3 Historisches Archiv**

3.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Professionelles Fundraising für das Historische Archiv"  
AN/0196/2010

3.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Versicherung der Kulturgüter als Grundstock der Stiftung für die Restaurierung der Archivalien des Historischen Archivs"  
AN/0245/ 2010

##### **4 Denkmalpflege**

##### **5 Schwerpunktthemen**

5.1 Vorstellung des Spielplans der Puppenspiele 2010/2011

##### **6 Schriftliche Anfragen**

6.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Datenschutz bei "Bildergalerie Köln"  
AN/0318/2010

6.1.1 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion bez. Datenschutz bei "Bildergalerie Köln"  
0958/2010

6.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Gemeinsamer Kulturentwicklungsplan der Städte Bonn und Köln"  
AN/0376/2010

**7 Schriftliche Anträge**

**8 Allgemeine Vorlagen**

- 8.1 Ankauf des Kunstwerkes "Braune Figuren im Café" von Ernst Ludwig Kirchner durch die Stadt Köln für das Museum Ludwig  
0314/2010
- 8.2 Römerstraßen im Rheinland, "Themenpunkt" im Römisch-Germanischen Museum im Rahmen der EuRegionale2008/Regionale 2010 "Erlebnisraum Römerstraßen"  
0589/2010

**9 Sonderausstellungen**

- 9.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen  
0554/2010

**10 Annahme von Schenkungen**

- 10.1 Annahme einer Schenkung durch den Förderverein StadtBibliothek Köln e.V.  
5380/2009
- 10.2 Annahme einer Schenkung "Portrait Dr. Max Adenauer" von Herrn Knut Osper an die Stadt Köln, Kölnisches Stadtmuseum  
0768/2010

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 11.1 Sonderausstellung "Die Werkstatt des Zeichners - Nikolaus Heidelbach und Norman Junge" im Museum für Angewandte Kunst  
0599/2010

**12 Mitteilungen der Verwaltung**

- 12.1 Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Kunstbeirates am 14.1.2010  
0396/2010
- 12.2 Konjunkturpaket II - Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendabteilung im Untergeschoss der Zentralbibliothek  
5428/2010
- 12.3 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln  
0439/2010

- 12.4 CreativeCentre 4711  
0793/2010
- 12.5 Kreativität und Stadtentwicklung  
0803/2010
- 12.6 European Kunsthalle  
0951/2010
- 12.7 Regionale Kooperation im Bereich Kultur  
0864/2010

**13 Mündliche Anfragen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**14 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

**15 Schwerpunktthemen**

**16 Schriftliche Anfragen**

**17 Schriftliche Anträge**

**18 Allgemeine Vorlagen**

**19 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2  
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**20 Mitteilungen der Verwaltung**

20.1 Neuvergabe der Konzeptionsförderung an die freien und privaten Theater,  
Haushaltsjahre 2011-2014  
0379/2010

20.2 Sanierung der Orangerie im Volksgarten  
0845/2010

**21 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister verpflichtet Frau Jeane Freifrau von Oppenheim und Herrn Till Kniola als Sachkundige Einwohner für den Ausschuss Kunst und Kultur.

#### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **2 Archäologische Zone**

#### **3 Historisches Archiv**

##### **3.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Professionelles Fundraising für das Historische Archiv" AN/0196/2010**

Beigeordneter Prof. Quander erklärt einfühend, dass der Einsturz des Historischen Archivs und die Restaurierung und Digitalisierung der beschädigten Archivgüter derzeit auf eine Summe von mindestens 350 Millionen Euro geschätzt werde. Einen Teil dieser Summe soll die Stiftung „Stadtgedächtnis“ erbringen, die unter anderem Spenden und Zustiftungen generieren soll.

In der vergangenen Woche habe die Landesregierung NRW, nach langem Verhandeln und langem Zögern, ihre Beteiligung an der Stiftung zugesagt und beteilige sich mit 1 Mio. EUR. Ebenso habe der Bundestag in seiner Haushaltssitzung am vergangenen Donnerstag seine Beteiligung mit ebenfalls 1 Mio. beschlossen. Somit stehe der Gründung der Stiftung nichts mehr im Weg. Es seien bereits Ideen und Maßnahmen für ein Fundraising-Konzept entwickelt worden, welche die Stiftung umsetzen könne. Selbstverständlich werde es ein erheblicher Aufwand sein, die Kosten von mind. 350 Mio. Euro zu generieren. Die Wahl der Mittel und Strategien könne nur durch die Geschäftsführung der Stiftung gefällt werden. Es sei sicherlich legitim, die Maßnahmen rund um die Dresdner Frauenkirche oder der Anna-Amalia Bibliothek vorbildhaft zu betrachten und soweit möglich, auf die Kölner Situation zu übertragen. Er weist darauf hin, dass es innerhalb der städtischen Verwaltung keine derartige Expertise und auch keine Kapazitäten gebe, solche Konzepte zu entwickeln und deren Realisierung voranzutreiben. Darüber hinaus sei von Anfang an vom Land gefordert worden, die Unabhängigkeit der Stiftung von der Stadt Köln zu betonen. Deshalb sei die eigentliche Stiftungsgründung wichtig, um mit dem marktwirtschaftlichen Fundraising beginnen zu können. Die Personalplanung für die Stiftung sehe vor, sie mit eben solchen Spezialisten auszustatten, deren einziges Kerngeschäft das Fundraising darstelle. Allen Beteiligten müsse dabei klar sein, welche hohe Erwartungen an die durchzuführenden Maßnahmen geknüpft seien. Er ist der Auffassung, dass der Ausschuss der designierten Geschäftsführung alle Optionen offen halten sollte, diejenigen Maßnahmen auszuwählen, die auf Grund derer Expertise geeignet seien, um die notwen-

digen Mittel zu generieren und die Wahl der entsprechenden Mitarbeiter zu überlassen.

Herr Deutsch betont, dass dies der Intention beider Anträge entspreche, welche man nur gemeinsam diskutieren könne. Er stellt dar, dass seines Erachtens die Stadtverwaltung notwendigerweise von dieser Aufgabe überfordert sein müsse, weil die Kapazitäten für einen solchen Sonderfall nicht vorhanden sein können. Deswegen habe man mit diesem Antrag versucht, frühzeitig Bewegung in diese Richtung zu bringen. Es sei allerdings schade, dass mit der Stiftung relativ spät gestartet werde. Er sei sich im Klaren darüber, dass es sich um ein komplexes Vorgehen handle, welches nicht innerhalb von drei Monaten auf die Beine gestellt werden könne. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn man zur Ausstellungseröffnung in Berlin mit Tatsachen hätte aufwarten können. Er würde begrüßen, wenn die Stiftung stärker ausgestattet wäre, als sie es jetzt sei, obwohl sich Land und Bund nun beteiligen. Es müsse ein noch deutlicheres Zeichen in diese Richtung gesetzt werden, um die Möglichkeit zu haben, mit der Stiftung als „Fundraiser“ erfolgreich zu sein, indem Drittmittel eingeworben werden. Die Anträge seiner Fraktion haben das Ziel, diese Möglichkeit zu schaffen. Er schlägt vor, Infrastrukturen zu schaffen, die auf Grund einer mutigen finanziellen Ausstattung durch die Stadt Köln, Glaubwürdigkeiten und ein Standing nach Außen entwickeln, um dadurch entsprechende Effekte zu erzielen. Dies werde in einem normalen Verfahren im Rahmen der Haushaltsführung sicherlich schwer fallen. Er hofft, dass für beide Anträge ein konstruktiver Weg gefunden werde.

Frau Brunn schlägt vor, die beiden Anträge nacheinander zu behandeln, obwohl sie thematisch zusammenhängen. Sie bedauert ebenfalls, die recht späte Gründung der Stiftung. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass es Aufgabe der Stiftung sei, zusätzliche Mittel von Privaten und Dritten einzuwerben. Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits in Gang gesetzt habe, was durch den Antrag der FDP-Fraktion gefordert werde. Dies müsse nicht noch einmal beschlossen werden. Sie schlägt deshalb vor, dass nicht über den Antrag abgestimmt werde, sondern dieses Thema bei nächster Gelegenheit erneut aufgegriffen und der Ausschuss über den Fortgang der Dinge informiert werde. Danach könne überlegt werden, ob hierzu gesondert etwas beschlossen werden müsse.

Herr Deutsch betont, dass die Darstellung des Kulturdezernenten dem Antrag entspreche. Insofern wolle er den Antrag nicht mehr zur Abstimmung stellen.

Herr Dr. Soénius betont, dass 7 Mio. EUR Stiftungsgeld sehr wenig sei und es müsse das Ziel sein, möglichst schnell die Stiftung zu gründen. Dies könne seines Erachtens relativ schnell von statten gehen, insbesondere, wenn der Innenminister den Regierungspräsidenten anweise, die Gründung dieser Stiftung vorzuziehen. Er unterstreicht, dass es diese Möglichkeit gebe. Danach käme der zweite Schritt, in Form von weiteren Zustiftungen.

Herr Zimmermann fragt, warum von Land und Bund nur 1 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werde und nicht, wie zunächst berichtet worden sei, 5 Mio. EUR.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht, dass sie keinerlei Hindernisgründe sehe, warum die Stiftung nicht sofort gegründet werden könne. Sie erinnert daran, dass in Berlin zurzeit die Ausstellung laufe, die offensichtlich große Beachtung finde und dazu genutzt werden könne, zu Zustiftungen zu animieren. Sie halte es außerdem für wichtig, dass der Ausschuss Kunst und Kultur in das Wirken der Stiftung mit eingebunden sei.

Beigeordneter Prof. Quander vermutet, dass ohne den Jahrestag und die Ausstellung in Berlin, man keine Zusage des Bundes und des Landes bekommen hätte. Er führt

aus, dass bereits am 16. März 2009 der Stiftungsgedanke vorgetragen und mit der Landesregierung diskutiert wurde. Am 2. März 2010 habe man endlich die Zusage der Landesmittel erhalten. Beim Bund sei bisher der Standpunkt vertreten worden, dass ohne das Land NRW, welches die Kulturhoheit habe, man an dieser Stelle keine Veranlassung sehe sich zu positionieren. Er berichtet, dass man anfänglich die Erwartungshaltung gehabt habe, alle drei öffentlich rechtlichen Gründungspartner würden sich, wie die Stadt Köln, mit 5 Mio. EUR beteiligen. Deswegen sei die Vorlage für den Rat entsprechend gefertigt worden. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei der Gründung der Stiftung der Dresdner Frauenkirche oder der Anna-Amalia Bibliothek ähnlich verfahren worden sei und hieran habe man sich orientiert. Dies halte er für sinnvoll, weil man dadurch ausreichend Stiftungskapital habe, um das Erforderliche aus den Erträgen zu erwirtschaften und aus den Zustiftungen den eigentlichen Stiftungszweck finanzieren könne, nämlich die Restaurierung. Davon sei man jedoch noch ein Stück entfernt. Die Frage, warum sich der Bund und das Land nicht stärker positionieren, könne er jedoch nicht beantworten.

Er berichtet, dass im Bundestagsausschuss ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen gestellt worden sei, die entsprechenden Mittel noch in den Haushalt 2010 einzustellen. Allerdings habe das BKM darauf aufmerksam gemacht, dass hierfür keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Der Haushaltsbereinigungsausschuss des Bundestages habe dies jedoch beschlossen und dem BKM die Mittel zur Verfügung gestellt. Nachdem durch die Leiterin des Historischen Archivs, Dr. Schmidt-Czaia und des Kulturdezernenten im Ausschuss vorgetragen wurde, welche Aufgaben bevorstehen, habe der Ausschuss festgestellt, dass die zugesagte Summe von 1 Mio. EUR nicht ausreichend sei. Er habe den Eindruck gewonnen, dass vom Bundestagsausschuss in Zukunft eine positive Begleitung stattfinde. Es müsse versucht werden, die Gespräche mit Bund und Land weiter voranzutreiben. Er berichtet abschließend, dass die Bezirksregierung am 8. März 2010 die bis dahin noch vorgetragenen rechtlichen Bedenken, gegen die Einbringung der vom Rat zur Verfügung gestellten Summe, ausgeräumt habe und der Betrag in die Stiftung zurückgestellt werde. Nun müsse ein gemeinsamer Termin gefunden werden, um den Stiftungsvertrag zu unterzeichnen.

Die FDP-Fraktion zieht den Antrag zurück.

### **3.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Versicherung der Kulturgüter als Grundstock der Stiftung für die Restaurierung der Archivalien des Historischen Archivs" AN/0245/ 2010**

Beigeordneter Prof. Quander erklärt zur Finanzierung, dass die augenblickliche Ausstattung, mit den Zusagen der Kirchen und des Landschaftsverbandes, in Höhe von 7,5 Mio. EUR nicht ausreichend sei. Die Kämmerei habe eine erste Übersicht über die bisher bekannten Aufwendungen und Auszahlungen, insbesondere bezogen auf die Rettung und Restaurierung der Archivalien angefertigt und die geforderte Mittelverwendung in Höhe der Versicherungsleistung nachgewiesen. Demnach seien 63,1 Mio. EUR zwischenzeitlich in den Haushalt für die Jahre 2009 bis 2013 eingestellt. Hiervon seien beispielsweise 9,8 Mio. EUR für Außerplanmäßige Aufwendungen im Sach- und Dienstleistungsbereich und 52 Mio. EUR für die Fortführung der Bergungsarbeiten bis 2013 veranschlagt worden. Das bedeutet, dass die Summe die aus der Versicherung gekommen sei, durch die regulären Haushaltsmittel überstiegen werde. Sein Bestreben sei es, dass nach Gründung der Stiftung, die verbleibenden Restmittel von rund 52 Mio. EUR, welche zweckgebunden seien, aus dem Haushalt in die Stiftung fließen zu lassen. Dies müsse mit der Kämmerei und der Politik geklärt werden.

Daneben habe der Rat der Stadt Köln für den Finanzierungszeitraum 2010-2013 in seiner Sitzung vom 2. Februar 2010 Mehrbedarfe als Schadensfolge des Archiveinsturzes von insgesamt rd. 75 Mio. EUR bewilligt. Hiervon alleine über 50 Mio. EUR für die Restaurierung. Angesichts der bisher angefallenen Aufwendungen sowie der zur Veranschlagung vorgesehenen Ermächtigungen 2010 ff. zeige sich, dass dem Wunsch nach Verwendung der Versicherungsleistung für den Wiederaufbau bzw. die Restaurierung bereits zum jetzigen Zeitpunkt und innerhalb des städtischen Haushaltes entsprochen worden sei.

Herr Deutsch zeigt auf, dass es sich um einen politischen Antrag handele, der keine haushaltstechnischen Feinheiten berücksichtige, sondern das Ziel verfolge bestimmte Zusammenhänge zu sensibilisieren. Er betont, dass es nie die These gab, die Versicherungssumme in Höhe von 61 Mio. im Haushalt für etwas anderes zu verplanen. Es sei stets klar gewesen, dass diese Summe für das Archiv nicht ausreiche und man viel mehr Mittel im Haushalt einstellen müsse. Insofern unterstütze er das nun verfolgte Ziel, dass die im Haushalt für die Zwecke des Archivs gewidmeten Mittel in die Stiftung einzubringen. Dort seien sie wirksamer als im Haushalt und man könne nach Außen hin mit Bordmitteln verhandeln.

RM von Bülow betont, dass ihre Fraktion Schwierigkeiten habe dem Antrag zuzustimmen. Zum Einen habe es eine Mitteilung des RP gegeben die Aussage, dass es nicht möglich sei die Mittel in die Stiftung zu überführen, sondern über den städtischen Haushalt auszugeben seien und zum Anderen seien die Mittel aus der Versicherung zweckgebunden. Sie teilt mit, dass sie den Informationsstand habe, dass die Mittel bereits für den Zweck ausgegeben worden seien. Sie halte es zudem für ein Problem, dass der Rat nur eine mittelbare Möglichkeit auf die Kontrolle der Gelder habe, wenn die Mittel direkt in die Stiftung fließen. Sie schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und diese Dinge zu klären.

Herr Dr. Soénus geht davon aus, dass die Versicherungssumme vollständig in die Restaurierung und Digitalisierung hineinfließe, denn dies sei vertraglich geregelt und politisch gefordert worden. Er schlägt vor, den Stadtkämmerer zur nächsten Sitzung einzuladen, um darzustellen, was mit der ausgezahlten Summe geschehen sei. Dies sei nicht Sache des Kulturdezernenten, sondern des Stadtkämmerers. Sollte er die Summe anderweitig verplant haben, müsse er dies politisch verantworten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stimmt dem Vorschlag von Herrn Dr. Soénus insofern zu, dass es sinnvoll sei, den Stadtkämmerer zu bitten, die rechtlichen Grundlagen und die Verwendung der Mittel darzustellen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf eine Vorlage, in der Mehrstellen für das Historische Archiv bewilligt worden seien. Dies zeige, dass die Stadt Köln willens sei, diese große Aufgabe anzugehen. Sie schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und gemeinsam mit dem mündlichen Bericht des Kämmerers in der nächsten Sitzung zu diskutieren. Sie geht davon aus, dass es im Sinne der Stadtverwaltung und des Vertrages sei, dass die Summe für die Wiederherstellung der Archivalien zur Verfügung stehe.

RM Peil zeigt auf, dass es sich um einen politischen Antrag handele, der vielleicht noch nachgearbeitet werden müsse, wenn man darüber abstimmen wolle. Sollte es tatsächlich so gemeint sein, dass die 61,5 Mio. EUR dem Stiftungskapital zur Verfügung zu stellen seien, werde sich daraus ein Ertrag von 1,5 bis 2,5 Mio. EUR im Jahr ergeben. Damit käme man seines Erachtens nicht sehr weit. Er könne dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Herr Deutsch erklärt, dass dies in dieser Form nicht in dem Antrag stehe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass dies tatsächlich so verstanden werden könne.

Herr von Rautenstrauch weist darauf hin, dass die Verwaltung am 26.11.2009 mitgeteilt habe, dass 60 Mio. EUR für Restaurierungsarbeiten zur Verfügung stehen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erklärt abschließend, dass der Antrag zurückgestellt werde und bittet darum, zur nächsten Sitzung den Stadtkämmerer einzuladen, damit er zu diesem Thema eine nähere Erläuterung abgeben könne.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, den Antrag in der nächsten Sitzung zu behandeln und bittet hierfür um die Anwesenheit des Stadtkämmerers.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

### **4 Denkmalpflege**

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand der Denkmalpflege.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister nimmt mit Zufriedenheit zur Kenntnis, dass die Arbeiten beim Dionysos-Hof im Dom-Umfeld weitergehen

Auf Nachfrage der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister erklärt Stadtkonservatorin Dr. Kaymer, dass ein bestimmtes Zeitfenster benötigt werde, um einen Förderantrag zu stellen. Sie geht davon aus, dass im Stadtentwicklungsausschuss darüber berichtet werde. Das Ergebnis werde sie im nächsten Ausschuss Kunst und Kultur mitteilen.

Herr Sörries bittet darum, aus Sicht des Denkmalschutzes den eigentlichen Wert des Schauspielhauses darzustellen und fragt nach den Gründen, warum es aus dem Denkmalschutz herausgenommen werde.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erklärt hierzu, dass das Schauspielhaus, die Opernterrassen und die Oper seit 1989 unter Denkmalschutz stehen. Das Thema sei in den politischen Gremien sehr lange diskutiert worden und auf der Basis des Votums der sogenannten Vollvariante sei der internationale Wettbewerb gestartet worden. Damals sei seitens des Stadtkonservators gesagt worden, dass die kulturelle Nutzung dieser innerstädtischen Fläche nur zu bewerkstelligen sei, wenn sich das bühnentechnische Anforderungsprofil mit dem Neubau realisieren lasse und gleichzeitig die Chance existiere, die Oper zu sanieren. Auf dieser Basis sei der Rat, mit den entsprechenden Varianten, zu dem Entschluss gekommen, so zu verfahren.

Beigeordneter Prof. Quander ergänzt, dass er seinerzeit den damaligen Leiter der Denkmalpflege um eine Stellungnahme gebeten habe. Darin wurde ausgesagt, dass das gewünschte Verfahren des Rates, den Abriss des Schauspielhauses und der Erhalt des Opernhauses, möglich seien. Zwischenzeitlich gab es das fortgeschriebene Gutachten von Gerling & Ahrendt, welches für den Abriss des Schauspielhauses und Ersetzung durch einen Neubau plädiert habe. In der Folgezeit habe man die Obere Denkmalschutzbehörde darüber informiert gehalten. Im August 2008, nach dem Abschluss des Wettbewerbes, welches ein eindeutiges Ergebnis aufwies, gab es eine Diskussionsveranstaltung, bei der der Landeskonservator anwesend war und dieses mitgetragen habe.

Auf Nachfrage von Herrn Sörries betont Stadtkonservatorin Dr. Kaymer, dass der Bau unter Denkmalschutz stehe und es nicht beabsichtigt sei, hier eine Löschung vorzunehmen. Sie weist darauf hin, dass nur etwas aus der Denkmalliste ausgetragen werden könne, wenn die Voraussetzungen, die zur Eintragung geführt haben, nicht mehr gegeben seien.

Herr Dr. Wackerhagen stellt dar, dass es im Januar eine Anfrage bezüglich des Denkmalschutzes an den Regierungspräsidenten gegeben habe und fragt, wie die Stadt darauf reagiert habe.

Beigeordneter Prof. Quander betont, dass die Anfrage fristgerecht beantwortet worden sei.

RM Jung berichtet, dass im Kunstbeirat dafür plädiert worden sei, das Fassbender-Mosaik auf dem Platz vor dem WDR-Gebäude zu erhalten. Ebenso habe sich die Bezirksvertretung Innenstadt einstimmig für den Erhalt dieses Mosaiks ausgesprochen. Er fragt hierzu nach dem aktuellen Sachstand.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass dies intern in der Verwaltung abgesprochen werde und das Baudezernat momentan eine entsprechende Mitteilung fertige, die dem Ausschuss zur nächsten Sitzung vorgelegt werde. Es gehe hierbei darum, einen alternativen Standort zu finden. Hierzu werde geprüft, ob der Josef-Haubrich-Hof dafür in Anspruch genommen werden könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass dem Ausschuss daran gelegen sei, das Mosaik zu erhalten. Sie begrüßt, dass die Verwaltung bemüht sei, hierfür einen geeigneten Standort zu finden.

Herr Heinemann begrüßt ebenfalls die positive Entwicklung und schlägt vor, dass es eine vertragliche Vereinbarung über den Zeitpunkt der Neuverlegung und die Kostentragung gebe.

Frau Brunn zeigt auf, dass sie in der letzten Ausschusssitzung eine mündliche Anfrage bezüglich des Themas Gerling-Viertel gestellt habe und fragt, ob diese beantwortet werden könne. Es sei im Zusammenhang mit einer strittigen Personalangelegenheit berichtet worden, dass die Denkmalpflege mit der Bearbeitung der Neubaukonzeption des Gerling-Vorhabens befasst sei und ein Denkmalgutachten zum Bestand anfertigen. Sie fragt nach der Auffassung der Denkmalpflege zu dem Gerling-Bestand und inwieweit die vorhandenen Neubaupläne damit in Übereinstimmung zu bringen seien. Es wäre ihres Erachtens hilfreich, wenn dieses Gutachten vorgelegt werden könne, um sich ein Bild machen zu können.

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass es kein Gutachten gebe und dies von der Presse nicht korrekt wiedergegeben worden sei. Ansonsten möchte er sich zu dem konkreten Verfahren nicht weiter äußern, da es sich um ein schwebendes Verfahren handle. Er betont, dass sowohl die Denkmalbehörde, als auch das Amt für Denkmalpflege eingebunden sei.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erläutert hierzu ergänzend, dass es darum gehe, ein ganzes Stadtquartier neu zu konzipieren. Hierzu habe es einen zweistufigen städtebaulichen Wettbewerb gegeben. Im Moment befinde man sich mit mehreren Architekturbüros im Planungsprozess, der allerdings noch nicht abgeschlossen sei. Sie weist darauf hin, dass es eine große Dichte von Denkmälern und einige Neubaukomplexe gebe. Als nächstes stehe die Diskussion bezüglich des Höhenkonzeptes im Bebauungsplan im Stadtentwicklungsausschuss an. Sie schlägt vor, eine Besichtigung vor Ort durchzuführen, wenn sich das Ganze konkretisiere. Außerdem versichert sie, dass nicht nur die äußere Hülle ein prägendes Element sei, sondern es sehr viele hoch-

wertige Innenbereiche gebe, die ebenfalls erhalten und in die Neukonzeption integriert werden.

Frau Brunn fragt, ob es eine Bestandsaufnahme hierzu gebe.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erklärt, dass derzeit eine detaillierte maßstabgetreue Bestandsaufnahme mit einzelnen Details vorgenommen werde. Sie werde dies in einer der nächsten Sitzungen vorstellen.

Herr Heinemann betont, dass er sich um die Bebauung rund um St. Gereon Sorge und fragt, nach dem aktuellen Sachstand.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer weist darauf hin, dass die Prämisse ausgegeben worden sei, keine Verschlechterung eintreten zu lassen und mindestens den Status quo zu bewahren. Es werde zu keiner weiteren Einschränkung kommen. Sie berichtet, dass es diesbezüglich Diskussionen mit der Pfarre gegeben habe. Nach einer gemeinsamen Begehung mit der Bezirksvertretung Innenstadt sei dies positiv geklärt worden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Soénius erklärt Stadtkonservatorin Dr. Kaymer, dass nicht nur die äußere Hülle der Gebäude in die Bestandsaufnahme aufgenommen werde, sondern auch alle Innenräume, die im Raumbuch festgehalten werden.

Auf Anfrage von Herrn Heinemann betont Stadtkonservatorin Dr. Kaymer, dass der Freiraum um die Kirche in Form der Platzstruktur erhalten bleibe. Ansonsten verweist sie auf das geplante Höhenkonzept. Die Blickachse von St. Gereon werde hierbei nicht gestört.

Herr Heinemann fragt, ob der Stadtentwicklungsausschuss bereits den entsprechenden Bebauungsplanentwurf beschlossen habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister antwortet, dass dies in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses erfolgen soll.

## **5       Schwerpunktthemen**

### **5.1       Vorstellung des Spielplans der Puppenspiele 2010/2011**

Der Intendant der Puppenspiele Malchers stellt den Spielplan der Puppenspiele 2010/2011 vor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses beim Intendanten der Puppenspiele Malchers und wünscht ihm viel Erfolg mit dem neuen Programm.

Der Intendant der Puppenspiele Malchers weist abschließend darauf hin, dass alle sozialen Schichten und Altersgruppen das „Hänneschen-Theater“ besuchen und die Vorstellungen stets ausverkauft seien. Wenn die Eintrittspreise nicht mäßig blieben, könne das ins Gegenteil umschlagen. Es wäre fatal, wenn sich nicht alle Kölner Bürger einen Besuch des Theaters leisten könnten. Dadurch würde man eventuell weniger einnehmen, als zum jetzigen Zeitpunkt.

## **6 Schriftliche Anfragen**

### **6.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Datenschutz bei "Bildergalerie Köln" AN/0318/2010**

#### **6.1.1 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion bez. Datenschutz bei "Bildergalerie Köln" 0958/2010**

Der stellvertretende Vorsitzende Peil übernimmt vorübergehend die Leitung der Sitzung.

Herr Deutsch hält die Beantwortung der Anfrage für unzureichend und kritisiert diese Punkt für Punkt.

RM von Bülow fragt, inwieweit die Umsetzung des Ratsbeschlusses, der sich unter anderem mit „Google-Street-Viewing“ befasst habe, bereits eingeleitet worden sei.

Frau Brunn fragt nach den Urheberrechten, dem Datenschutz und den Persönlichkeitsrechten im Zusammenhang mit den veröffentlichten Fotos.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer erläutert, dass die Verwaltung die Probleme gesehen habe und mit dem Betreiber des Bilderbuches im Internet eine entsprechende Vereinbarung geschlossen wurde. Es sei richtig, dass neben den Bildern des Stadtkonservatoriums auch Bilder anderer Archive dort eingestellt seien. Ebenfalls sei es zutreffend, dass bestimmte Bilder vermarktet würden. Sie versichert jedoch, dass die Bilder des Stadtkonservatoriums nicht gewerblich genutzt werden dürfen. Sollte es diesbezüglich Anfragen geben, würden diese an den Stadtkonservator weitergeleitet und man schließe sich mit dem Rheinischen Bildarchiv kurz, so dass eine gewerbliche und private Nutzung über den Betreiber nicht gegeben sei. Sie weist darauf hin, dass die eingestellten Fotos des Stadtkonservatoriums urheberrechtlich und nutzungsrechtlich geschützt seien. Die privaten Anfragen, die es bei dem Betreiber gegeben habe, betreffen nicht die städtischen Bilder und deshalb könne sie keinen Verstoß feststellen. Sie habe die Internetseite als positiven Service gesehen und weist darauf hin, dass die Bilder des Stadtkonservatoriums bisher 2,3 Millionen Mal angeklickt worden seien und demnach ein Bedarf vorhanden ist. Die Diskussion über „Google-Street-Viewing“ sei ihr bekannt, allerdings betreffen die Rechtsstreitigkeiten die es hierzu gebe, nicht die im Internet eingestellten Fotos des Stadtkonservatoriums.

Herr Sörries fragt, ob das Stadtkonservatorium Geld dafür bekomme, wenn die Bilder zur Verfügung gestellt werden. Er fragt außerdem, warum das Rheinische Bildarchiv nicht auf seiner eigenen Internetseite die Bilder veröffentliche. Das Bilderarchiv existiere bereits und man müsse lediglich die entsprechenden Rechte freigeben. Er schlägt vor, sich von externen Betreibern zu distanzieren.

Herr Deutsch betont, dass er dankbar gewesen wäre, wenn die Darstellung von Stadtkonservatorin Dr. Kaymer Teil der schriftlichen Beantwortung gewesen sei. Er bittet darum mit der Firma in Kontakt zu treten, um klarzustellen, dass alle mit Copyright Stadtkonservator versehenen Bilder nicht in den Nutzungszusammenhängen mit dieser Firma stehen, sondern freigestellt werden. Dies müsste auf der Homepage als Minimum reflektiert werden. Stadtkonservatorin Dr. Kaymer habe dargestellt, dass es kein datenschutzrechtliches Problem gebe, dies könne nicht so stehen bleiben, da es diesbezüglich Beschwerden von Bürgern gebe, die sich bereits an die Stadt Köln ge-

wandt haben. Hier sei ihnen allerdings nicht geholfen worden. Letztendlich habe sich der Landesdatenschutzbeauftragte mit der Firma Abacus in Verbindung gesetzt.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer betont, dass es datenschutzrechtliche Verfahren gebe, aber bezogen auf die eingestellten Bilder des Stadtkonservatoriums seien keine Klagen oder Beschwerden bekannt. Dies sei geprüft worden. Sie erläutert außerdem, dass die Fotos zur Verfügung gestellt worden seien und im Gegenzug habe man eine komplette Digitalisierung des Archivbestandes erhalten. Dies hätte man mit den eigenen, zur Verfügung stehenden Mitteln in dieser Form nicht einrichten können. Sie zeigt auf, dass man die uneingeschränkten Nutzungsrechte dieser digitalisierten Form besitze.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil übergibt die Sitzungsleitung an die Vorsitzende Dr. Bürgermeister.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **6.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Gemeinsamer Kulturentwicklungsplan der Städte Bonn und Köln" AN/0376/2010**

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass es bezüglich eines gemeinsamen Kulturentwicklungsplans der Städte Bonn und Köln keine konkrete Vereinbarung mit dem Bonner Oberbürgermeister gegeben habe. Es gab lediglich einen kurzen informellen Gedankenaustausch am Rande einer IHK-Veranstaltung. Fragen der regionalen Kulturentwicklung stehen aktuell nicht auf der Agenda des Oberbürgermeisters.

Frau Reinhardt merkt an, dass die CDU-Fraktion im Grunde der Fragestellungen der Anfrage beitrete, es jedoch dabei belassen wolle.

## **7 Schriftliche Anträge**

### **8 Allgemeine Vorlagen**

#### **8.1 Ankauf des Kunstwerkes "Braune Figuren im Café" von Ernst Ludwig Kirchner durch die Stadt Köln für das Museum Ludwig 0314/2010**

##### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt den Ankauf „Braune Figuren im Café“ von Ernst Ludwig Kirchner in Höhe von 582.080,00 € für das Museum Ludwig.
2. Der Finanzausschuss beschließt die erste Freigabe in Höhe von 436.500,00 € im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**8.2 Römerstraßen im Rheinland, "Themenpunkt" im Römisch-Germanischen Museum im Rahmen der EuRegionale2008/Regionale 2010 "Erlebnisraum Römerstraßen" 0589/2010**

Beigeordneter Prof. Quander erläutert den Inhalt der Beschlussvorlage, da diese kurzfristig als Tischvorlage vorgelegt wurde.

Herr Sörries zeigt auf, dass die Vorlage vorbehaltlich der noch zu verabschiedenden Haushaltssatzungen 2010-2012 beschlossen werden müsse.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass dies in der Erläuterung der Beschlussvorlage verzeichnet sei.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt, in Konkretisierung des Ratsbeschlusses vom 30.06.2009 einen Themenpunkt Römerstraßen im Rheinland im Römisch-Germanischen Museum im Rahmen der EuRegionale 2008/Regionale 2010 „Erlebnisraum Römerstraßen“ - **vorbehaltlich der noch zu verabschiedenden Haushaltssatzungen 2010-2012** - einzurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**9 Sonderausstellungen**

**9.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen 0554/2010**

Die Beschlussvorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

**10 Annahme von Schenkungen**

**10.1 Annahme einer Schenkung durch den Förderverein StadtBibliothek Köln e.V. 5380/2009**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Annahme der Schenkung des Gebäudes der *minibib* durch den Förderverein Stadtbibliothek Köln e.V.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Annahme einer Schenkung "Portrait Dr. Max Adenauer" von Herrn Knut Osper an die Stadt Köln, Kölnisches Stadtmuseum  
0768/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat nimmt die Schenkung „Portrait Dr. Max Adenauer“ durch Herrn Knut Osper , Köln, an das Kölnische Stadtmuseum mit Dank an.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**11.1 Sonderausstellung "Die Werkstatt des Zeichners - Nikolaus Heidelberg und Norman Junge" im Museum für Angewandte Kunst  
0599/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Kunst und Kultur genehmigt die Mittelverwendung zur Ausrichtung der Sonderausstellung „Die Werkstatt des Zeichners – Nikolaus Heidelberg und Norman Junge“ vom 17.04.2010 bis zum 09.07.2010 im Museum für Angewandte Kunst. Zur Ausrichtung der Ausstellung entstehen gemäß der anliegenden Kalkulation Kosten in Höhe von 48.000 €. Davon werden 18.000 € aus den Eintrittsentgelten für die Sonderausstellung gedeckt und 30.000 € aus dem Ausstellungsetat des Museums.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig genehmigt.

**12 Mitteilungen der Verwaltung**

**12.1 Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Kunstbeirates am  
14.1.2010  
0396/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.2 Konjunkturpaket II - Energetische Sanierung der Kinder- und Jugendabteilung im Untergeschoss der Zentralbibliothek  
5428/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.3 Anerkennung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln  
0439/2010**

Herr von Rautenstrauch kritisiert, dass in der Mitteilung lediglich das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud und das Rautenstrauch-Joest-Museum erwähnt seien. Er weist darauf hin, dass es zehn Fördervereine für die Museen der Stadt Köln gebe und es dadurch ein erheblich ehrenamtliches Engagement gebe. Er fragt, warum dies in der Vorlage nicht aufgezeigt werde.

Museumsreferent Troost antwortet, dass die Abfrage zu der Mitteilung an alle Museen weitergeleitet, allerdings nicht von jedem Museum beantwortet wurde. Er geht davon aus, dass die Sache missverständlich behandelt worden sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, dies gegebenenfalls nachzuholen. Es sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass man sehr wohl zu schätzen wisse, was an ehrenamtlichem Engagement in den Museen geleistet werde.

Herr Heinemann vermisst in der Mitteilung die 25-jährige Tätigkeit des Vereins der Rheinischen Denkmalpflege.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass es noch andere Gremien und Vereine in Köln gebe, die sich für die Kultur stark machen. Vielleicht könne dies bei einem erneuten Bericht deutlich herausgestellt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.4 CreativeCentre 4711  
0793/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.5 Kreativität und Stadtentwicklung  
0803/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.6 European Kunsthalle  
0951/2010**

Auf Nachfrage von Frau Brunn erläutert Beigeordneter Prof. Quander, dass er versucht habe die European Kunsthalle zu profilieren. In den zurückliegenden Jahren habe man außerplanmäßig und auch planmäßig, Mittel zur Verfügung gestellt und mit

Restmitteln das New-Yorker-Projekt unterstützt. Die European Kunsthalle sei ebenso ausführlich im Kulturentwicklungsplan aufgenommen worden. Der Vorschlag der Kulturverwaltung sei stets gewesen, 100.000 EUR im Jahr für das Projekt zur Verfügung zu stellen. Diese Summe habe man leider nicht bewilligt bekommen. Er zeigt auf, dass im Haushalt keine Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Die vorliegende Antwort der Verwaltung erhalte bewusst den Verweis auf den Kulturentwicklungsplan. Er habe stets betont, dass die European Kunsthalle für Köln ein wichtiges und zentrales Thema sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **12.7 Regionale Kooperation im Bereich Kultur 0864/2010**

RM Peil begrüßt, dass die regionale Kooperation im Bereich Kultur wieder in Bewegung gekommen sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **13 Mündliche Anfragen**

### **13.1 Ausstellung Historisches Archiv im Martin-Gropius-Bau in Berlin**

Herr Dr. Wackerhagen fragt, welche Möglichkeit es gebe die momentan in Berlin stattfindende Ausstellung nach Köln zu holen. Er schlägt vor, dass der Ausschuss Kunst und Kultur dies unterstütze, um die Schubkraft der Stiftung zu erhöhen.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass die Ausstellung im Martin-Gropius-Bau in Berlin ein großes Echo bei der Presse und in der Öffentlichkeit gefunden habe. Der Oberbürgermeister habe am Eröffnungsabend gesagt, dass man die Ausstellung gerne in Köln zeigen würde. Er weist darauf hin, dass im Martin-Gropius-Bau eine Ausstellungsfläche von rund 1000 qm zur Verfügung stehe, welche ideal sei. Eine solche Fläche stehe für eine Sonderausstellung in Köln zurzeit nicht zur Verfügung. Er erklärt, dass hierfür der Neubau in der Cäcilienstraße ins Auge gefasst worden sei. Es müsse geprüft werden, welche Sonderausstellungen im Rautenstrauch-Joest-Museum und im Museum Schnütgen bereits geplant seien und wann das nächste Zeitfenster zur Verfügung stehe. Außerdem müsse man über Mittel verfügen, um die Ausstellung in Köln zu finanzieren. Er weist darauf hin, dass der Martin-Gropius-Bau, welcher ein Teil der Berliner Festspiele sei, das großzügige Angebot gemacht habe die komplette Ausstellungsarchitektur zu bezahlen und die Ausstellungsvitrinen, welche mit einer entsprechenden Beleuchtung versehen sind, zur Verfügung zu stellen. Solche Vitrinen besitze man in Köln nicht und seien auch nicht aus Berlin zu bekommen. Darüber hinaus habe der Martin-Gropius-Bau die gesamten Werbungskosten getragen. Er geht davon aus, wenn die Chance bestehe die Ausstellung nach Köln zu holen, werde es einen Weg geben, diese zu finanzieren. Dies sei ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit für die Stiftung und er halte es für unbedingt erforderlich, die Ausstellung in Köln zu zeigen.

Herr Dr. Soénus berichtet, dass in Thielenbruch der Tag des Archivs stattgefunden habe. Das Interesse am Historischen Archiv sei sehr groß gewesen, weil dort das Thema Restaurierung von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtarchivs erklärt worden sei. Er halte es für notwendig, die Ausstellung möglichst bald nach Köln

zu holen und schlägt vor, hierfür die Vernetzung des Arbeitskreises der Kölner Archivar einzubinden und den Versuch zu starten, Sponsoren zu finden. Er lobt in diesem Zusammenhang die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtarchivs, die diese Ausstellung in Berlin möglich gemacht haben.

Frau van Duiven weist darauf hin, dass aus der freien Szene die Initiative ausgegangen sei, die Fundstücke in Köln zu zeigen. Sie fragt, wie die klimatischen Voraussetzungen für eine solche Ausstellung sein müssten.

Die Leiterin des Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia antwortet, dass das Historische Archiv gemeinsam mit allen Museen der Stadt Köln versichert sei. Dieses Versicherungs-Konsortium wisse von jedem Stück des Archivs genau, wohin es ausgeliehen werde. Dies bedeute, wenn man in Köln eine Ausstellung zeigen wolle, müsse dies aus versicherungstechnischen Gründen, unter klimatechnisch richtigen Gesichtspunkten geschehen. Außerdem benötige man Brandschutz- und Einbruchmeldeanlagen, sowie permanente Aufsicht, weil es Stücke gebe, die nicht vollkommen von einer Vitrine abgedeckt seien. Dies könne man ihres Erachtens nur in einem hauptamtlich betriebenen Archiv oder in einem Museum mit Bewachung durchführen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bemerkt, dass dies normale Rahmenbedingungen für eine Ausstellung von Archivalien seien. Der Ausschuss Kunst und Kultur sollte deutlich machen, dass ein großes Interesse darin bestehe, den Kölner Bürgerinnen und Bürgern etwas von dieser großartigen Ausstellung zu zeigen. Außerdem könne dies zur Motivation dienen, sich aktiv und finanziell zu beteiligen

### **13.2 Eröffnung Rautenstrauch-Joest-Museum**

Herr Dr. Wackerhagen weist darauf hin, dass zur heutigen Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur seitens der Gebäudewirtschaft angekündigt worden sei, genauere Angaben zum Termin der Eröffnung des Rautenstrauch-Joest-Museums vorzulegen. Er bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Beigeordneter Prof. Quander berichtet, dass die Gebäudewirtschaft und die ARGE-KAN am 18. Dezember 2009 eine Teilabnahme für die Gebäudeteile des Rautenstrauch-Joest-Museums durchgeführt haben. Hiervon waren die Ausstellungshalle, der Museumsdienst, die Bibliothek, die Verwaltung, der Bereich für die Anlieferung und einen Teil der Treppenhäuser betroffen. Dabei wurde eine Terminkette für ausstehende Mängelbeseitigung und die Restarbeiten vereinbart. Diese Arbeiten seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Mängelfeststellung bei der Ausstellungsarchitektur erfolgte in der vergangenen Woche, wobei festgestellt wurde, dass das Mängelauftreten noch erheblich sei. Ein Zeitraum für die Beseitigung könne noch nicht benannt werden. Die Abnahme des Vitrinenbaus folgt in zwei Wochen. Als letzter Arbeitsschritt werde die Sanierung des Bandbaus des Museums Schnütgen im Mai 2010 abgeschlossen. Ein weiteres wichtiges Thema sei der Nachweis der Klimastabilität auf die das Museum zum Wohle der Exponate bestehen müsse. Mitte Dezember 2009 sei damit begonnen worden, konnte aber wegen ständiger notwendiger Brandschutzprüfungen noch nicht die entsprechende Stabilität erreichen. Aktuell seien die Messwerte der beiden letzten Wochen stabil und es werde nicht mit weiteren Schwankungen gerechnet. Er gehe davon aus, dass bis Ende Mai eine Klimastabilität erreicht sei. Der Zeitraum der Einrichtung der Ausstellung des Rautenstrauch-Joest-Museums beträgt, nach Informationen des Museums fünf Monate und für das Museum Schnütgen vier Monate. Demnach könne bei Fortbestehung der Klimastabilität und einer zeitnahen Mängelbeseitigung, der Museumskomplex wie vorgesehen, im Herbst 2010 eröffnet

werden. Der konkrete Termin sei in Absprache mit dem Oberbürgermeister in Vorbereitung und soll demnächst bekanntgegeben werden.

### **13.3 Sanierung Offenbachplatz**

Herr Heinemann weist auf die Sanierung des Opernhauses hin und fragt, ob der Offenbachplatz ebenfalls Gegenstand der Sanierung sei. Er zeigt auf, dass sich dort ein Mosaik und ein Brunnen, der in einem miserablen Zustand sei, befinden. Eine Fertigstellung der Oper ohne eine Sanierung des Offenbachplatzes könne er sich nicht vorstellen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stimmt dem zu und bittet die Verwaltung, dies zur nächsten Sitzung zu beantworten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt öffentliche die Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister  
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag  
(Schriftführer)